Öffentliche Bekanntmachung

einer **Sitzung des Hauptausschusses am Donnerstag den 19.05.2016 um 17:00 Uhr** im Kreis Rendsburg-Eckernförde, Kaiserstraße 8, 24768 Rendsburg, Sitzungsraum 169

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil:

1. Eröffnung, Begrüßung und Festlegung der Tagesordnung
2. Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung am 21.04.2016
3. Anfragen von Mitgliedern des Hauptausschusses und der Fraktionsvorsitzenden
4. Umbesetzung von Ausschüssen und anderer Gremien; hier: Antrag der Fraktion Bündnis90/Die Grünen **VO/2016/864**
5. Vorsitz im Unterausschuss "Rechnungsprüfung" des Hauptausschusses für die Prüfung der Jahresrechnung 2014 **VO/2016/862**
6. Verwaltungsangelegenheiten
- 6.1. Zukunft der Außenstellen der Zulassungsbehörde **VO/2016/858**
- 6.2. Außenstellen Altenholz und Hohenwestedt **VO/2016/843**
7. Potentialanalyse B202/B203 - Kooperationsvereinbarung **VO/2015/581-002**
8. Integrationspaket; Projekte der Nordkolleg Rendsburg GmbH
9. Beteiligungsverwaltung
- 9.1. WFG Infrastruktur GmbH **VO/2016/825**
Gesellschafterversammlung am 20.06.2016
Entlastung des Aufsichtsrates

Fraktionsantrag Federführend: FD 2.5 Kommunalaufsicht und Feuerwehrwesen	Vorlage-Nr: VO/2016/872 Status: öffentlich Datum: 10.05.2016 Ansprechpartner/in: Behrens, Klaus Bearbeiter/in: Behrens, Klaus	
Anfragen der Fraktion Bündnis90/Die Grünen		
Beratungsfolge:		
Status Öffentlich	Gremium Hauptausschuss	Zuständigkeit Beratung

1. Begründung der Nichtöffentlichkeit:

Entfällt

2. Sachverhalt:

Anbei Anfragen der Fraktion Bündnis90/Die Grünen zu den Themen „Sprachkurse für Flüchtlinge“ sowie „Verschwenkung von Radwegen“.

Anlage/n:

Anfragen der Fraktion Bündnis90/Die Grünen

An den Vorsitzenden
des Hauptausschusses
Herrn Jörg Hollmann
Kaiserstraße 8
24768 Rendsburg

**GRÜNE FRAKTION im
Kreistag Rendsburg-Eckernförde
Der Fraktionsvorsitzende
Armin Rösener**

Kaiserstraße 8
24768 Rendsburg

kreistagsfraktion@gruene-rd-eck.de

Rendsburg, 10. Mai 2016

Hauptausschusssitzung am 19.05.2016

Anfragen von Mitgliedern des Hauptausschusses
und der Fraktionsvorsitzenden

Sehr geehrter Herr Hollmann,

Die Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen stellt folgende Anfragen zur Hauptausschusssitzung am 19.5.2016

1. Die Kommunen erhalten Förderungen für Sprachunterricht aus verschiedenen Quellen. Auch der Kreis Rendsburg – Eckernförde sieht sich in der Pflicht, die Flüchtlinge im Spracherwerb zu unterstützen, um sie möglichst schnell integrieren zu können.

Fragen: Gibt es einen Überblick, aus welchen Quellen die Kommunen die Finanzierung der Sprachkurse begleichen?

Um eine konkretere Aussage zu bekommen, ob bei der Unterstützung der Kommunen in Bezug auf die Sprachförderung die Kreise zusätzlich gefordert sind, ist es nötig zu erfahren, wie hoch die Förderungen der Kommunen von anderer Seite sind. Erst danach können Aussagen über die tatsächlich benötigte Höhe der Kreismittel gemacht werden.

Bankverbindung:
Bank: Fördesparkasse
IBAN: DE26 2105 0170 1400 0339 63
BIC: NOLADE21KIE

Kreisgeschäftsstelle:
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN-KV RD-ECK
Erdbeerfeld 58
24161 Altenholz

2. Auf der letzten Hauptausschusssitzung machte die Polizeidirektion klar, dass es für die Sicherheit der Radfahrer/innen absolut notwendig sei, Verschwenkungen der Radwege an den Kreuzungen aufzuheben, damit die Radfahrer/innen zügig geradeaus und im Blickfeld der Autofahrer/innen sicher die Kreuzung queren können.

In Kronshagen ist gerade das beabsichtigt. Die Kommune plant, zur Sicherheit der Radfahrer/innen die Verschwenkungen an der Kreuzung Eckernförder Straße / Kopperpähler Allee aufzuheben und braucht dazu die Zustimmung des Kreises Rendsburg-Eckernförde, da es sich bei der Eckernförder Straße um eine Kreisstraße handelt.

Der Kreis hat nun diese Maßnahme abgelehnt. Warum?

, Mitglied des Hauptausschusses

Gez. Armin Rösener

Fraktionsantrag		Vorlage-Nr:	VO/2016/864
Federführend: FD 2.5 Kommunalaufsicht und Feuerwehrwesen		Status:	öffentlich
		Datum:	02.05.2016
		Ansprechpartner/in:	Behrens, Klaus
		Bearbeiter/in:	Behrens, Klaus
Umbesetzung von Ausschüssen und anderer Gremien; hier: Antrag der Fraktion Bündnis90/Die Grünen			
Beratungsfolge:			
Status	Gremium	Zuständigkeit	
Öffentlich	Hauptausschuss	Entscheidung	

1. Begründung der Nichtöffentlichkeit:

Entfällt

2. Sachverhalt:

Anbei ein Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen auf eine Umbesetzung im Rechnungsprüfungsausschuss. Der Unterausschuss „Rechnungsprüfung“ wird vom Hauptausschuss besetzt.

Anlage/n:

Ausschussumbesetzung Rechnungsprüfung

Herrn Kreispräsidenten
Lutz Clefsen
Kaiserstraße 8
24768 Rendsburg

**GRÜNE FRAKTION im
Kreistag Rendsburg-Eckernförde
Der Fraktionsvorsitzende
Armin Rösener**

Kaiserstraße 8
24768 Rendsburg

kreistagsfraktion@gruene-rd-eck.de

Rendsburg, 2. Mai 2016

Umbesetzung von Ausschüssen

Sehr geehrter Herr Clefsen,

die Kreistagsfraktion Bündnis 90/Die Grünen stellt folgenden Antrag für die Sitzung des Kreistages am 13. Juni 2016:

Der Kreistag möge beschließen:

Herr Raoul Steckel ist nicht mehr Mitglied im Rechnungsprüfungsausschuss,

Herr Norbert Schildbach wird dafür Mitglied im Rechnungsprüfungsausschuss.

Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Gez. Armin Rösener

Bankverbindung:
Bank: Fördesparkasse
IBAN: DE26 2105 0170 1400 0339 63
BIC: NOLADE21KIE

Kreisgeschäftsstelle:
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN-KV RD-ECK
Erdbeerfeld 58
24161 Altenholz

Mitteilungsvorlage	Vorlage-Nr: VO/2016/862	Status: öffentlich
Federführend: S 05 Stabsstelle Finanzen	Datum: 29.04.2016	Ansprechpartner/in: Groeper, Sabine
Mitwirkend:	Bearbeiter/in: Groeper, Sabine	
öffentliche Mitteilungsvorlage		
Vorsitz im Unterausschuss "Rechnungsprüfung" des Hauptausschusses für die Prüfung der Jahresrechnung 2014		
Beratungsfolge:		
Status	Gremium	Zuständigkeit
Öffentlich	Hauptausschuss	Beratung

1. Begründung der Nichtöffentlichkeit: entfällt

2. Sachverhalt:

Der Jahresabschluss 2014 wurde durch das Rechnungsprüfungsamt des Kreises geprüft. Der Schlussbericht über die Prüfung des Jahresabschlusses zum 31.12.2014, des Anhanges und des Lageberichtes des Kreises Rendsburg-Eckernförde liegt vor. Dieser ist im Unterausschuss „Rechnungsprüfung“ des Hauptausschusses zu beraten.

In den Unterausschuss „Rechnungsprüfung“ wurden in der Sitzung des Hauptausschusses am 31.10.2013 folgende Personen gewählt:

- Jörg Hollmann
- Hans-Jörg Lüth
- Jan Butenschön
- Raoul Steckel
- Susanne Storch
- Daniela Asmussen
- Hans-Werner Last

In der Vergangenheit hat der Vorsitz des Unterausschusses unter den benannten Mitgliedern jährlich gewechselt:

- Abschluss 2013 – Raoul Steckel (Bündnis 90/Die Grünen – Jetzt: CDU) – Sitzung am 24.09.2015
- Abschluss 2012 – Jörg Hollmann (CDU) – Sitzung am 03.02.2014
- Abschluss 2011 – Hans-Jörg Lüth (SPD) – Sitzung am 10.04.2013
- Abschluss 2010 – Wilhelm Eggert (FDP) – Sitzung am 25.04.2012
- Abschluss 2009 – Hans-Werner Last – Sitzung am 02.05.2011

- Abschluss 2008 – Wolfgang Lausten (SSW) – Sitzung am 19.10.2009
- Abschluss 2007 – Norbert Klan (Bündnis 90/Die Grünen) – Sitzung am 27.10.2008
- Abschluss 2006 – Reimer Tank (CDU) – Sitzung am 15.10.2007

Nach dieser Regelung fällt der Vorsitz des Unterausschusses „Rechnungsprüfung“ für die Prüfung der Jahresrechnung 2014 an die Vertreterin der SSW-Fraktion, Frau Susanne Storch.

Finanzielle Auswirkungen:

Anlage/n:

Beschlussvorlage Federführend: FD 2.1 Allgemeine Ordnungsverwaltung und Verkehr	Vorlage-Nr: VO/2016/858 Status: öffentlich Datum: 25.04.2016 Ansprechpartner/in: Ludwig, Carsten Bearbeiter/in: Rennekamp, Barbara	
Mitwirkend:	öffentliche Beschlussvorlage	
Zukunft der Außenstellen der Zulassungsbehörde		
Beratungsfolge:		
Status Öffentlich	Gremium Hauptausschuss	Zuständigkeit Entscheidung

Beschlussvorschlag:

Der Hauptausschuss spricht sich dafür aus, die dezentrale Struktur der Zulassungsbehörde an vier Standorten zunächst beizubehalten. Die Verwaltung wird gebeten, die Wirtschaftlichkeit der Zulassungsbehörde durch geeignete Maßnahmen zu steigern. Dem Hauptausschuss ist im 2. Quartal 2017 ein Sachstandsbericht vorzulegen.

1. Begründung der Nichtöffentlichkeit: entfällt

2. Sachverhalt:

In der Sitzung des Hauptausschusses vom 05.11.2015 wurde die Verwaltung beauftragt, ein Konzept zur zukünftigen Struktur der Zulassungsstelle zu erstellen. Bei der Erarbeitung des Konzeptes sollten die jetzigen Partner eingebunden werden.

Es wurde eine Arbeitsgruppe bestehend aus Mitarbeitern der Kreisverwaltung, der Gemeinde Altenholz, des Amtes Mittelholstein und der Stadt Eckernförde gebildet mit dem Ziel, ein zukunftsfähiges Konzept der Zulassungsstelle des Kreises, das zu einer Verbesserung der Wirtschaftlichkeit führt, zu erstellen.

In der Arbeitsgruppe wurden folgende Dinge erarbeitet:

- Die Benchmarking-Zahlen wurden getrennt nach Standorten der Zulassungsbehörde erhoben, so dass ein direkter Vergleich möglich ist (siehe Anlage).
- Das Verhältnis zwischen privaten und gewerblichen Kunden wurde herausgearbeitet und ist als Anlage beigefügt.

- In der Arbeitsgruppe herrschte Einvernehmen, dass die tatsächliche Einführung der Online-Zulassung derzeit nicht absehbar ist.

Aufgrund der Kürze der Zeit und der Belastung im Bereich Zuwanderung konnte der Auftrag des Hauptausschusses noch nicht vollständig abgearbeitet werden. Insbesondere ist es noch nicht gelungen ist es, die Kostenstruktur der Standorte vergleichbar darzustellen.

Auf der Basis dieser Zwischenergebnisse schlägt die Arbeitsgruppe folgendes weitere Vorgehen vor:

- Die dezentrale Struktur der Zulassungsbehörde an vier Standorten soll zunächst beibehalten werden.
- Die Wirtschaftlichkeit soll durch Veränderungen vor allem am Standort Eckernförde, aber auch im Hinblick auf Vergleichbarkeit, Personalausstattung und die Arbeitsprozesse, erhöht werden.
- Mit der Angleichung der Verträge soll gewährleistet werden, dass zukünftig eine einheitliche Abrechnung der Ausgaben des jeweiligen Standortes erfolgt. Darüber hinaus werden die Kosten aller vier Standorte nach einheitlichen Kriterien ermittelt, damit eine betriebswirtschaftliche Bewertung nach Standorten möglich ist.

Durch diese Vorschläge soll erreicht werden, dass auch ohne Standortschließung die Zulassungsstelle jedenfalls einen Mittelplatz im Benchmarking (und zwar bezogen auf die Kennzahl Geschäftsvorfälle je Mitarbeiter) erreicht.

Aus Sicht der Verwaltung sind die Vorschläge plausibel. Sollte der Hauptausschuss dieser Empfehlung folgen, würden verwaltungsseitig folgende Maßnahmen initiiert und umgesetzt:

- Es erfolgen Personalanpassungen, damit an allen Standorten eine gleichmäßige Verteilung in Bezug auf die gewichteten Geschäftsvorfälle vorliegt.
- Die Prozesse werden beschrieben und an allen Standorten einheitlich ausgeführt.
- Die Öffnungszeiten werden angeglichen .
- Eine Online-Terminvergabe wird in allen Standorten eingeführt.
- Dem Hauptausschuss wird im zweiten Quartal 2017 ein Konzept zur Struktur der Zulassungsbehörde vorgelegt. In diesem Bericht sind die Kosten je Standort für das Kalenderjahr 2016 und die Benchmarking-Zahlen enthalten. Zudem wird über die Einführung der online-Terminvergabe berichtet und der Sachstand zur online-Zulassung mitgeteilt.

Finanzielle Auswirkungen:
entfällt

Anlage/n:
Übersicht Geschäftsvorfälle
Übersicht Kunden

Übersicht der Geschäftsvorfälle pro Vollzeitstelle

Stand: 05.02.2016

	01.01.13-31.12.13								01.01.14-31.12.14								01.01.15-31.12.15							
	RD		ECK		ALT		HOWE		RD		ECK		ALT		HOWE		RD		ECK		ALT		HOWE	
	gesamt	gew.	gesamt	gew.	gesamt	gew.	gesamt	gew.	ges.	gew.	ges.	gew.	ges.	gew.	ges.	gew.	ges.	gew.	ges.	gew.	ges.	gew.	ges.	gew.
Geschäftsvorfälle pro Standort	54309	32782	17031	11307	23795	16291	14987	10025	54853	33235	15146	9995	24250	16496	15066	10156	52787	32446	15841	10634	25298	17580	14485	9907
gew. Gesch.vorf. gesamt Zulassung RD-Eck.	70405								69882								70567							
Stellenanteile incl. Kasse	12,05		5,18		4,8		3		11,19		5,31		4,3		3		10,19		5,31		4,3		3	
Stellenant. incl. Kasse u. FGL gesamt	25,53								24,3								23,3							
gew. Geschäftsvorf./Vollz. Benchrn.	2758								2876								3029							
Geschäftsvorf./Vollz.	4507	2720	3288	2183	4957	3394	4996	3342	4902	2970	2852	1882	5640	3836	5022	3385	5180	3184	2983	2003	5883	4088	4828	3302

Verhältnis gewerbl. / priv. Kunden

2. bis 12. KW

	Rendsburg		Eckernförde		Altenholz		Hohenwestedt	
	gew.	privat	gew.	priv.	gew.	priv.	gew.	priv.
2. KW	80	388	37	202	51	297	37	160
3. KW	93	385	35	195	40	199	35	153
4. KW	71	358	32	242	43	203	37	157
5. KW	72	430	28	269	35	207	40	139
6. KW	85	417	37	246	58	203	47	142
7. KW	102	424	48	198	42	212	36	144
8. KW	88	430	35	240	43	212	41	172
9. KW	105	469	31	262	33	237	31	207
10. KW	80	473	33	208	31	277	30	183
11. KW	80	432	36	214	47	242	32	220
12. KW	73	428	44	239	43	228	32	179
gesamt	929	4634	396	2515	466	2517	398	1856
Verhältnis	1 :	4,99	1:	6,35	1:	5,40	1:	4,66

Mitteilungsvorlage		Vorlage-Nr:	VO/2016/843
Federführend: FB 2 Umwelt, Kommunal- und Ordnungswesen		Status:	öffentlich
Mitwirkend:		Datum:	29.04.2016
		Ansprechpartner/in:	Ludwig, Carsten
		Bearbeiter/in:	Holm, Jes-Edlef
		öffentliche Mitteilungsvorlage	
Außenstellen Altenholz und Hohenwestedt			
Beratungsfolge:			
Status	Gremium	Zuständigkeit	
Öffentlich	Hauptausschuss	Kenntnisnahme	

1. Begründung der Nichtöffentlichkeit:

entfällt

2. Sachverhalt:

In der Sitzung des Hauptausschusses vom 05.11.15 wurde unter dem TOP „Erstellung eines Konzeptes zur künftigen Struktur der Zulassungsstelle“ unter anderem beschlossen, spätestens in der Sitzung des Hauptausschusses am 19.05.16 zu entscheiden, ob auch die öffentlich-rechtlichen Verträge über den Betrieb der Außenstellen in Altenholz und Hohenwestedt zum 31.12.16 zu kündigen oder ob und ggf. wie lange diese Außenstellen auf der Grundlage einer neuen (rechtskonformen) vertraglichen Grundlage weiter betrieben werden sollen. Beschlossen wurde auch, dass im Rahmen der Konzepterstellung die rechtliche Sichtweise des Ministeriums zu prüfen ist.

Der Sachstand stellt sich wie folgt dar:

- Eine Kündigung der beiden Verträge bzgl. der Außenstellen Altenholz und Hohenwestedt hätte jeweils bis zum 30.06.16 zum Jahresende zu erfolgen. Eine Kündigung könnte jeweils vom Landrat als verwaltungsleitendes Organ ausgesprochen werden.
- Die rechtliche Sichtweise des Ministeriums für Wirtschaft, Arbeit, Verkehr und Technologie (MWAVT) ist geprüft worden. Die Bedenken des Ministeriums hinsichtlich der Rechtsgrundlage für die derzeitigen

Aufgabenübertragungen sind nachvollziehbar.

- Zurzeit bemühen sich die Vertragsparteien, die Verträge so zu überarbeiten, dass die geäußerten Bedenken der Abteilung Verkehr und Straßenbau des Ministeriums ausgeräumt werden. Gespräche wurden mit Bürgermeister Ehrich, Herrn Amtsdirektor Landt und Herrn Amtsleiter Festersen geführt. Erkennbar ist ein Konsens dahingehend, dass die Verträge überarbeitet werden sollen. Vertragsentwürfe wurden gefertigt. Sie wurden den anderen Vertragsparteien zur Prüfung übersandt. Änderungsverträge kann der Landrat als verwaltungsleitendes Organ abschließen.

Finanzielle Auswirkungen:

entfällt

Anlage/n:

entfällt

Beschlussvorlage	Vorlage-Nr: VO/2015/581-002
Federführend: FD 5.3 Regionalentwicklung	Status: öffentlich Datum: 04.05.2016 Ansprechpartner/in: Dr. Kruse, Martin Bearbeiter/in: Eggert, Astrid
Mitwirkend:	öffentliche Beschlussvorlage
Potentialanalyse B202/B203 - Kooperationsvereinbarung	
Beratungsfolge:	
Status	Gremium
Öffentlich	Hauptausschuss
Zuständigkeit	
Entscheidung	

Beschlussvorschlag:

1. Der Hauptausschuss beschließt die Verwaltung mit dem Abschluss der anliegenden Kooperationsvereinbarung zur „Regionalwirtschaftlichen Potentialanalyse der Ost-West-Hauptverbindungsachse B202/203“ mit der Kiel Region GmbH zu beauftragen. Dabei wird die Verwaltung ermächtigt, geringfügige Veränderungen an der Kooperationsvereinbarung vorzunehmen.

1. Begründung der Nichtöffentlichkeit:

entfällt

2. Sachverhalt:

Der Regionalentwicklungsausschuss war zuletzt in den Sitzungen am 14. Oktober 2015 und am 18. November 2015 mit der Potentialanalyse zur B202/203 befasst. Am 18. November 2015 wurde im Rahmen der Haushaltsberatungen der Beschluss gefasst, die kreisanteiligen Kosten von 30.000 Euro für die Potentialanalyse in den Haushalt 2016 einzustellen. Im Dezember 2015 hat der Kreistag diese Finanzmittel in den Haushaltsplan 2016 aufgenommen.

Im Rahmen des im Jahr 2013 vorgelegten REK wurde eine regionalwirtschaftliche Potenzialanalyse zur Ost-West-Hauptverbindungsachse (B202/B203) als Leitprojekt beschlossen. Die Potentialanalyse dient dem Oberziel Hebung wirtschaftlicher Entwicklungspotentiale im Untersuchungsraum entlang des Verkehrswegs B 202/203 in den Kreisen Rendsburg-Eckernförde, Plön und der LH Kiel. Es sollen kleinteilig und passgenau mögliche Anknüpfungspunkte und wirtschaftlich Entwicklungsansätze entlang des Verkehrsweges herausgestellt werden. Die Potentialanalyse soll die Fragestellung „Wie ist ein regionalwirtschaftliches Entwicklungsziel verkehrlich zu unterstützen?“ unter Darstellung unterschiedlicher Szenarien und einer Nutzen-, Kosten- und Wirkungsanalyse beantworten. Im

Ergebnis sollen daraus Handlungsfelder abgeleitet werden, die nach Bewertung der örtlichen Strukturen als lohnenswert, hinsichtlich einer wirtschaftlichen Entwicklung, zu betrachten sind.

Die Kooperationsvereinbarung geht nach Auffassung der Verwaltung über das Maß der bloßen Abwicklung eines Projektes hinaus. Gemäß der Hauptsatzung des Kreises Rendsburg-Eckernförde hat der Hauptausschuss nach § 8 Absatz 3 Nr. 8 über die Kooperationsvereinbarung zu entscheiden.

Finanzielle Auswirkungen:

Die bisher angesetzte Höhe der Gesamtkosten für die Umsetzung der Potentialanalyse betragen maximal 90.000 Euro. Der Kreis Rendsburg-Eckernförde trägt wie der Kreis Plön und die LH Kiel jeweils 30.000 Euro. Die Auszahlung an die Kiel Region GmbH erfolgt binnen zwei Wochen nach Beauftragung des Gutachters. Gemäß des Kreistagsbeschluss vom 14. Dezember sind die anteiligen Finanzmittel bereits in den Haushalt für 2016 eingestellt.

Anlage/n:

Kooperationsvereinbarung

Projektbezeichnung

Regionalwirtschaftliche Potenzialanalyse zur Ost-West-Hauptverbindungsachse B202/203

Präambel

Im Rahmen des 2013 vorgelegten REK wurde auch eine regionalwirtschaftliche Potenzialanalyse zur Ost-West-Hauptverbindungsachse als Leitprojekt beschlossen.

Die Zentralachse B202/B203 ist als durchgängige und leistungsfähige Ost-West-Verbindung nördlich der geplanten A 20 von überregionaler Bedeutung für ganz Schleswig-Holstein und ist im Landesentwicklungsplan 2010 deshalb als Hauptverbindungsachse aufgeführt. Sie verbindet im zentralen Landesteil Schleswig-Holsteins nördlich der A 20 nicht nur die Kreise Rendsburg-Eckernförde, Plön und die Landeshauptstadt Kiel miteinander, sondern sie stellt auch eine Anbindung an die Landesentwicklungsachsen A 7 und A 21 dar. Als Anbindung der KielRegion an die geplante Fehmarnbeltquerung birgt die Hauptverbindungsachse daneben die Chance, Wachstumsimpulse von der Entwicklungsachse Hamburg-Kopenhagen in die KielRegion zu lenken und von den dort ausgehenden Wachstumseffekten zu profitieren.

Der Beschluss für das Leuchtturmprojekt „Regionalwirtschaftliche Potenzialanalyse zur Ost-West-Hauptverbindungsachse“ im Rahmen des REK wurde – abgeleitet von den aus dem Leitbild resultierenden Entwicklungszielen – mit der Zielsetzung gefasst, für die KielRegion

- eine gute inter- und intraregionale Erreichbarkeit sicherzustellen,
- eine gute Anbindung an überregionale Verkehrsachsen sicherzustellen und
- die regionsinterne Kooperation und Identität zu stärken.

Zwischen

der Kiel Region GmbH

vertreten durch
die Geschäftsführerin Janet Sönnichsen
in
Fraunhoferstr. 2, 24118 Kiel

und

dem Kreis Rendsburg-Eckernförde

vertreten durch
den Landrat Dr. Rolf-Oliver Schwemer
Kaiserstraße 8
24768 Rendsburg

wird folgende

Vereinbarung getroffen

1. Die Kiel Region GmbH übernimmt in dem gemeinsamen Projekt zur Erstellung einer Regionalwirtschaftlichen Potenzialanalyse zur Ost-West-Hauptverbindungsachse für die KielRegion die Projektträgerschaft.
2. Die Kiel Region GmbH übernimmt die vertragliche und finanzielle Abwicklung des gesamten Projektes.

3. Die Kiel Region GmbH übernimmt im Rahmen des Regionalmanagements die organisatorische Leitung des Projektes. Dazu gehören folgende Aufgaben:
- Vorbereitung von Unterlagen für die im Projekt geplanten Ausschreibungen
 - Koordination der am Projekt beteiligten Projektpartner und der ausgewählten Gutachter (u.a. Terminkoordination der regelmäßigen Projektteamsitzungen)
 - Vorbereitung und Durchführung der im Rahmen des Projektes geplanten Veranstaltungen (u.a. Workshops und Fachforen)
 - Ausgabenkontrolle.
4. Die Projektpartner beteiligen sich inhaltlich und finanziell am gemeinsamen Projekt. Sie nehmen regelmäßig an den Sitzungen des Projektteams teil und wirken an der Erstellung der Aufgabenstellung für die Gutachter sowie an der Auswahl des Gutachters mit. Das Projektteam ist ebenfalls für die Qualitätskontrolle der vom Gutachter ausgearbeiteten Ergebnisse zuständig.
- Die Auswahl und die Beauftragung eines Gutachters für die Erstellung der Regionalwirtschaftlichen Potenzialanalyse zur Ost-West-Hauptverbindungsachse erfolgt im Mai 2016.
 - Die Beauftragung des Gutachters erfolgt durch die Kiel Region GmbH.

Die Gesamtkosten des Projektes betragen nicht mehr als 90.000€. Die Projektpartner verpflichten sich ihren jeweiligen Anteil an die Kiel Region GmbH zu zahlen. Fällig werden die Kostenanteile binnen zwei Wochen nach Beauftragung des Gutachters.

• Landeshauptstadt Kiel:	30.000 Euro
• Kreis Plön:	30.000 Euro
• Kreis Rendsburg-Eckernförde:	30.000 Euro

Sollten nicht alle Projektmittel benötigt werden, werden diese anteilig zurückgezahlt.

Die Kooperationsvereinbarung tritt in Kraft, sobald alle Projektpartner diese Vereinbarung mit der Kiel Region GmbH abgeschlossen haben.

_____, den _____

_____, den _____

Im Auftrag
Dr. Martin Kruse

Geschäftsführerin der Kiel Region GmbH
Janet Sönnichsen

Beschlussvorlage	Vorlage-Nr: VO/2016/869 Status: öffentlich Datum: 10.05.2016 Ansprechpartner/in: Wolf, Michael Bearbeiter/in: Fiedler, Nina	
Federführend: FB 1 Zentrale Dienste		
Mitwirkend:	öffentliche Beschlussvorlage	
Integrationspaket, Projekte der Nordkolleg Rendsburg GmbH		
Beratungsfolge:		
Status	Gremium	Zuständigkeit
Öffentlich	Hauptausschuss	Entscheidung

Beschlussvorschlag:

Beschlussfassung nach Beratung.

1. Begründung der Nichtöffentlichkeit:

2. Sachverhalt:

Das Nordkolleg Rendsburg beantragt aus den vom Kreis Rendsburg-Eckernförde für Integrationsmaßnahmen bereitgestellten Mitteln eine Projektförderung in Höhe von EUR 150.000.

Der Antrag des Nordkollegs, die Modellprojekte sowie der Kosten- und Finanzierungsplan sind als Anlage beigefügt.

Finanzielle Auswirkungen:

Anlage/n:

Antrag auf Förderung eines Maßnahmenpaketes zur Integration

Herrn Michael Wolf
Koordinator für Integration
Kreis Rendsburg-Eckernförde
Kaiserstraße 8

24768 Rendsburg

Guido Froese
Akademieleiter/Geschäftsführer
T +49 4331 143812
F +49 4331 143820
guido.froese@nordkolleg.de

Rendsburg, 20. April 2016

Antrag auf Förderung eines Maßnahmenpakets zur Integration geflüchteter Menschen im Kreis Rendsburg-Eckernförde

Sehr geehrter Herr Wolf,

Bezug nehmend auf die Beschlussfassung des Hauptausschusses des Kreises Rendsburg-Eckernförde über die Bereitstellung von Mitteln für Integrationsprojekte und auf unser Gespräch vom 13.4. beantragt das Nordkolleg aus den vom Kreis Rendsburg-Eckernförde für Integrationsmaßnahmen bereitgestellten Mitteln eine Projektförderung i.H.v. 150.000,- €.

Als Akademie für kulturelle Bildung befasst sich das Nordkolleg seit längerer Zeit mit der Frage, welchen Beitrag es in der aktuellen gesellschaftlichen Situation z.B. für die Integration von geflüchteten Menschen leisten kann. Es liegt auf der Hand, dass sowohl Bildung als auch Kultur die Schlüssel zu einer gelingenden Integration in unsere Gesellschaft sind.

Vor diesem Hintergrund haben wir, wie ich Ihnen bereits persönlich erläutern konnte und wie Sie der beigefügten Projektbeschreibung entnehmen können, ein Integrationspaket entwickelt, welches aus verschiedenen Modellprojekten besteht, die unterschiedliche Zielgruppen in den Fokus nehmen und gleichzeitig einen nachhaltigen Ansatz haben. Allen modellhaften Vorhaben ist gemein, dass sie auf dem Campus des Nordkollegs verortet sind, der seinerseits vielfältige Integrationsansätze bietet. Flankierend dazu machen wir Angebote zur Stärkung des Ehrenamtes und wollen für den Kreis Rendsburg-

NORDKOLLEG RENDSBURG GMBH
AM GERHARDSHAIN 44
D-24768 RENDSBURG
WWW.NORDKOLLEG.DE
AUFSICHTSRATSVORSITZENDE
MARION HERDAN
GESCHÄFTSFÜHRER GUIDO FROESE

AMTSGERICHT RENDSBURG HRB 63
SPARKASSE MITTELHOLSTEIN
IBAN – DE48 2145 0000 0000 0067 67
BIC – NOLADE21RDB
STEUERNUMMER
FINANZAMT KIEL-NORD 192 9670 417
UMSATZSTEUER-ID-NUMMER DE 134 860 935

Eckernförde ein zentraler Ort für die Entwicklung von Integrationsprojekten im Netzwerk der damit befassten Einrichtungen sein. In diesem Sinne möchte ich Sie bereits jetzt darum bitten, uns auch für Ihre koordinierende Tätigkeit als Tagungsort in Anspruch zu nehmen.

Bei der Stadt Rendsburg reichen wir für dasselbe Paket einen Antrag auf Projektförderung i.H.v. 50.000,- € ein.

Für Rückfragen und weitere Informationen stehe ich Ihnen jederzeit gerne zur Verfügung.

Mit bestem Dank und freundlichen Grüßen,

A handwritten signature in black ink, appearing to read 'Guido Froese', is written over the printed name.

Guido Froese
Akademieleiter und Geschäftsführer

Teil der Gesellschaft werden -

**Modellprojekte zur Integration mit Kultur und Bildung
am Nordkolleg Rendsburg**

1) Intensiv-Integrationskurs „Rendsburger Modell“

Kooperationspartner:

- VHS Rendsburg
- Kulturverbände auf dem EiderCampus

Projektziel/Merkmale:

- Landesweit einmaliger Intensivkurs mit 40 UE/Woche (statt 20 UE im herkömmlichen Integrationskurs)
- In Abstimmung mit BAMF modellhaft entwickeltes und angepasstes Curriculum
- Additive Angebote kultureller Bildung durch das Nordkolleg
- 660 UE entsprechen ca. 18 Wochen zzgl. 2 Wochen sonst. Themen
- Start 29.8. – Ende 23.12.2016
- Hervorragende Integrationsmöglichkeiten über das auf dem Campus vorhandene Angebot und die Vielfalt der Gäste am Nordkolleg; vielfältige Angebote der Partizipation an Nordkolleg-Veranstaltungen
- Keine Konkurrenz zu den Angeboten anderer Träger
- Landesweites Alleinstellungsmerkmal
- Für Schnell-Lerner oder schnell in den Arbeitsmarkt zu bringende Personen (ggf. Akademiker; Fachkräfte etc.)
- Auswahl der TN aus Profilabfrage in EAE oder WiSH-Kursen
- Sprachkurs Umsetzung durch VHS-Rendsburg
- Gruppengröße bis 25 Personen; Unterbringungen in 2-3 Bett-Zimmern
- Einrichtung weiterer Gemeinschaftsräume (Gebets-Raum, Teeküche, Beratungsraum)
- Paten-Modell mit Nordkolleg-Mitarbeiter
- Tandempartnerschaften mit Ehrenamtlichen (Gesprächspartner für Konversation etc.)
- Permanente Evaluation des Modellprojektes
- Abschließende Auswertung

2) Modellprojekt Integration junger Migranten

Kooperationspartner:

- Kreis Rendsburg-Eckernförde: Koordinator für Integration
- Kreis Rendsburg-Eckernförde: Fachdienst Jugend- und Sozialdienst
- Landesvereinigung kult. Kinder- und Jugendbildung Schleswig-Holstein e.V.
- Weit. Kulturverbände auf dem EiderCampus
- Schulen mit DaZ-Klassen oder Träger von HzE

Projektziel/Merkmale:

- Zielgruppe: In Absprache mit dem Kreis Rendsburg-Eckernförde wahlweise unbegleitete minderjährige Flüchtlinge oder minderjährige Flüchtlinge im schulischen Kontext
- 4 Projektwochenenden überein Quartal mit 15-20 Personen (entweder aus HzE oder aus festem Klassenverband)
- Workshops mit Methoden kultureller Bildung; Workshopleiter aus unterschiedlichen kulturellen Sparten
- Themen: z.B. Rendsburg erschließen, Identität, Wahrnehmung, Selbstbild
- Abschluss mit gemeinsamem Produkt (CD, Film, Buch etc.)
- Entwicklung gemeinsam mit FD Jugend- und Sozialdienst des Kreises Rendsburg-Eckernförde

3) Service/Support-Point Integration

Kooperationspartner:

- Kreis Rendsburg-Eckernförde: Koordinator für Integration
- Deutscher Volkshochschulverband
- AWO
- Träger von Integrationsarbeit im Kreis Rendsburg-Eckernförde bzw. in Schleswig-Holstein

Ziele der Maßnahme:

- Förderung des Austauschs über geeignete Integrationsmaßnahmen
- Nutzbarmachung von Erkenntnissen der Integrationsangebote
- Förderung der Zusammenarbeit in der Flüchtlingshilfe
- Vorhalten zentraler Service-Leistungen

Angebote:

a) Fachtagungen/Bar-Camps zu den Themen:

„Integration vor Ort“

„Integration durch Bildung“

„Integration mit Kunst und Kultur“

„Integration in Arbeit“

b) Personelle Unterstützung von Projekten der Flüchtlingshilfe durch das Schaffen und Vorhalten von 2 BFD-Stellen mit Flüchtlingsbezug zum Einsatz in Integrationsprojekten im Nordkolleg und bei weiteren Trägern der Integrationsarbeit im Kreis gebiet

c) „Reconnect“

Der Deutsche Volkshochschul-Verband e. V. hat von NetHope, einem Netzwerk gemeinnütziger internationaler Hilfsorganisationen mit Sitz in USA, den Zuschlag für

500 Chromebooks erhalten. Der Zuschlag basiert auf einer Bewerbung des DVV im Rahmen des Projects Reconnect. Mit dem Zuschlag verbunden ist die Verpflichtung, die Chromebooks ausschließlich in Verbindung mit volkshochschulgestützten Deutsch-Einstiegskursen einzusetzen, und zwar primär für das vertiefende Lernen mit dem DVV-eigenen Lernportal „Ich will Deutsch lernen“ (iwdl.de).

Das Nordkolleg bekommt einen Teil der dem DVV zur Verfügung gestellten Geräte. Diese können auf dem EiderCampus oder zeitweise auch bei anderen Flüchtlingsprojekten eingesetzt werden.

d) Zentraler Tagungsort für Klausurtagungen, Workshops, Koordinierungstreffen des Koordinators für Integration des Kreises RD

4) Ehrenamt stärken

Kooperationspartner:

- VHS Rendsburg
- Der Paritätische SH
- ggf. weitere Anbieter

Projektziel/Merkmale:

- Schulungen für ehrenamtlich Arbeitende in der Flüchtlingshilfe
- Zielgruppe: Ehrenamtler, die in EAE, in Flüchtlingshilfeorganisationen, in Kirchen oder privat für und mit Flüchtlingen arbeiten

Angebote:

a) Schulung der Tandempartner des Intensiv-Integrationskurses;

je Schulungsgruppe 1 Schulungstag oder 2 Schulungstage mit ÜN für TN kostenfrei
(bzw. kleine Schutzgebühr, damit keine Plätze verfallen)

Gruppengrößen: 14-18 Personen

in Koop. mit VHS Rendsburg

b) Community Organizing in der Flüchtlingshilfe

in Koop. mit dem Paritätischen Wohlfahrtsverband

c) Weitere Angebote in Absprache mit weiteren Trägern bzw. den Koordinatoren der Gebietskörperschaften im Kreis RD

5) Weitere Projekte

Das Nordkolleg beteiligt sich an weiteren Integrationsprojekten, die nicht direkt Bestandteil der Antragstellung sind, sondern das mögliche Spektrum der Integrationsmaßnahmen aufzeigen:

- **„Musik verbindet – Musik als gemeinsame Sprache“**
Kooperationspartner: Zentrum für kirchliche Dienste, Kirchenkreis RD und Frauenarbeit RD
Stärkenorientierter, kultureller Austausch von Frauen durch gemeinsames Musizieren und Erinnern der jeweils eigenen Kinder- und Wiegenlieder; Zeitraum: 6 Monate ; zweiwöchentlich je 2 Stunden; CD-Produktion als Ergebnis
- **„SEPO in SH“**
Beabsichtigt ist ein gemeinsamen Projekt des SEPO (Syrian Expat Philharmonic Orchestra) mit einem SH-Orchester bzw. -Ensemble
Kooperation mit dem Landesmusikrat SH
- **„Band Camp“**
Integratives Rockmusik-Projekt mit dem Bundesverband Rock- und Popmusik Ein Pilotprojekt fand im Dezember 2015 in Kiel statt. Komplementärmittel kommen aus dem Bundesministerium über „Bündnisse für Bildung“.
Kooperation mit der Rock- und Popschule Kiel
- **„Weltorchester Mittelholstein“**
Musikensemble mit Musikern unterschiedlichster Nationen im Kreisgebiet.
Kooperation mit der Musikschule, der LKJ, der UTS und der norddeutschen Sinfonietta
- **„Refugee in residence“**
Residenzprogramm für künstlerisch/kulturell arbeitende Geflüchtete; Aufenthalt jeweils 3-6 Monate im Nordkolleg

Kosten- und Finanzierungsplan:

Sachkosten:

Materialaufwand Verpflegung	33.000,- €
Materialaufwand Reinigung	5.000,- €
Umbau- und Einrichtungskosten	17.000,- €
Mieten Fremdunderbringung	20.000,- €
Energiekosten	15.000,- €
sonstiger Betriebsbedarf	40.000,- €
Honorare Fremdreferenten	15.000,- €

Personalkosten:

Referenten/Verwaltung	25.000,- €
Haus, Küche, Technik	30.000,- €
Gesamtkosten:	200.000,- €

Beantragte Förderung:

Kreis Rendsburg-Eckernförde	150.000,-€
Stadt Rendsburg	50.000,- €

Guido Froese
19.4.2016

Nordkolleg Rendsburg

Am Gerhardsrain 44
24708 Rendsburg

Tel. 0 43 31 - 14 38 - 0
Fax 0 43 31 - 14 38 - 20

Beschlussvorlage Federführend: FD 2.5 Kommunalaufsicht und Feuerwehrwesen	Vorlage-Nr: VO/2016/825 Status: öffentlich Datum: 30.03.2016 Ansprechpartner/in: Behrens, Klaus Bearbeiter/in: Behrens, Klaus	
Mitwirkend:	öffentliche Beschlussvorlage	
WFG Infrastruktur GmbH Gesellschafterversammlung am 20.06.2016 Entlastung des Aufsichtsrates		
Beratungsfolge:		
Status Öffentlich	Gremium Hauptausschuss	Zuständigkeit Entscheidung

Beschlussvorschlag:

Der Vertreter des Kreises in der Gesellschafterversammlung der WFG Infrastruktur GmbH wird angewiesen, dem Beschlussvorschlag der Geschäftsführung zur Entlastung des Aufsichtsrates zuzustimmen.

Sachverhalt:

Der Kreis Rendsburg-Eckernförde ist mit einem Anteil von 96,16 % an der WFG Infrastruktur GmbH beteiligt.

In der Gesellschafterversammlung der WFG Infrastruktur GmbH am 20.06.2016 soll u. a. über die Entlastung des Aufsichtsrates beschlossen werden.

Gesetzlicher Vertreter des Kreises in der Gesellschafterversammlung ist der Landrat, der auch Mitglied des Aufsichtsrates der Gesellschaft ist. Die gleichzeitige Mitgliedschaft in beiden Organen ist zwar rechtlich nicht angreifbar, kann aber, wie im Fall der Beschlussfassung über die Entlastung des Aufsichtsrates, zu Interessenkonflikten führen.

Der Landkreistag empfiehlt deshalb, ein Votum des Hauptausschusses zur Entlastung des Aufsichtsrates herbeizuführen und die Interessen des Kreises in der Gesellschafterversammlung durch einen Vertreter des Landrates wahrnehmen zu lassen. Diese Vorgehensweise wird ebenfalls vom Finanzministerium des Landes befürwortet.